

Blickpunkt



Landtag



Ich berichte für Sie und den Kreis Warendorf
aus dem Landtag Nordrhein-Westfalen



Kommunale Sperrklausel

Flüchtlingskosten

Technikunterricht



Liebe Leserinnen und Leser,

Nordrhein-Westfalens Stärke ist die Stärke seiner Städte, Gemeinden und Kreise. Doch wenn die Räte und Kreistage durch die Zersplitterung in ihrer Funktionsfähigkeit und Handlungsfähigkeit bedroht sind, ist auch die Stärke der Kommunen bedroht. Deshalb bedarf es einer kommunalen 2,5-Prozent-Sperrklausel. Die Zahl der Ratsfraktionen sowie der Gruppierungen und Einzelbewerber ohne Fraktionsstatus in den Gemeindevertretungen hat sich

seit der letzten Kommunalwahl drastisch erhöht. Ratssitzungen dauern immer länger, ohne zu den erforderlichen Entscheidungen zu kommen. Dadurch ist die Funktionsfähigkeit der kommunalen Parlamente gefährdet. Unter diesen Bedingungen wird es immer schwieriger, politisch Interessierte für eine ehrenamtliche Mitarbeit zu gewinnen, die als zeitintensiv und ineffektiv erlebt wird. Das Interesse ein Ehrenamt auszuüben schwindet damit immer mehr. Im Spannungsfeld zwischen den hohen verfassungsrechtlichen Anforderungen, der Funktionsfähigkeit der kommunalen Vertretungen und der möglichst weitgehenden Beteiligung von Bürgergruppen halte ich eine Sperrklausel von 2,5 Prozent für geeignet und angemessen. Dabei kommt dem Ministerium für Inneres und Kommunales die Aufgabe zu, die tatsächlichen Voraussetzungen für eine rechtssiche-

re Sperrklausel darzulegen. Einer der Grundpfeiler einer repräsentativen Demokratie ist es, den Wählerwillen im Parlament abzubilden und auch die Chancengleichheit der Parteien zu gewährleisten. Ebenso wichtig für unser Staatssystem ist jedoch auch die Handlungsfähigkeit des Parlaments, aus dem die Regierung hervorgeht. Mit einer Prozentklausel wäre hier beiden Aspekten Rechnung getragen. Die CDU-Landtagsfraktion wird zeitnah Gespräche mit den anderen Landtagsfraktionen aufnehmen, um möglichst im ersten Halbjahr des Jahres 2015 das notwendige parlamentarische Verfahren beginnen zu können.

Ihre

A. Birkhahn

Nordrhein-Westfalen darf nicht zur Drehscheibe für islamistische ‚Gotteskrieger‘ werden

Seit Ralf Jäger Innenminister ist, hat sich die Zahl der Salafisten in Nordrhein-Westfalen von knapp 500 auf 1.900 fast vervierfacht. Laut NRW-Verfassungsschutz organisieren sich diese 1.900 identifizierten Salafisten in rund 40 Netzwerken unterschiedlicher Größe. Das zeigt: Nordrhein-Westfalen hat ein besorgniserregendes Salafisten-Problem, dem Minister Jäger offenkundig nicht gewachsen ist.

Besonders beunruhigend ist, dass Syrien-Rückkehrer unser Bundesland zunehmend als Ruhe- und Rückzugsort nutzen und nach einer gewissen Regenerationsphase erneut in die syrischen Dschihad-Gebiete aufbrechen. „Wir dürfen es nicht zulassen, dass Nordrhein-

Westfalen zu einer Drehscheibe für islamistische ‚Gotteskrieger‘ wird“, kommentierte Astrid Birkhahn die Entwicklung.

Vom Land initiierte Aussteigerprogramme zeigen wenig Erfolg. Laut Aussage des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz-Chefs fühlen sich immer mehr Jugendliche von den zunehmend professionalisierten Propagandaangeboten der hier agierenden Salafistenszene angezogen. Minister Jäger steht dieser Entwicklung weiter hilflos gegenüber. Er selbst sprach letzte Woche im Landtag von einer sich verdichtenden Gefahrenlage, die ihm Sorge bereitet.

Ein Plädoyer für Demokratie und Meinungsfreiheit

Der nordrhein-westfälische Landtag hat nach den islamistischen Anschlägen von Paris ein deutliches Zeichen gegen den Terror und für Demokratie, Meinungsfreiheit und Vielfalt gesetzt. Einstimmig verabschiedeten die Abgeordneten eine gemeinsame Resolution aller fünf Fraktionen. Darin werden die Angriffe als „unmenschliche Akte des Hasses gegen die Freiheit und ein mörderisches Fanal des Antisemitismus“ bezeichnet.

„Dieses Eintreten ist notwendig. Unsere europäischen Werte sind nicht selbstverständlich. Sie wurden errungen, und sie müssen immer wieder neu errungen werden. In der CDU-Fraktion sind wir davon überzeugt, dass wir wieder stärker für unsere Werte, für unsere politische Ordnung, für das, was den Kerngehalt unseres Grundgesetzes ausmacht, werben müssen. Das gilt in besonderer Weise in einer Gesellschaft wie der unseren, die so vielfältig ist wie nie zuvor. Viele haben gesagt: „Je suis Charlie.“ Die Menschen bringen damit zum Ausdruck, wie wichtig ihnen Meinungsfreiheit, die Freiheit der Kunst und die Freiheit der Presse sind. Wenn mitten im Herzen Europas ein brutaler Anschlag auf Journalisten, ja auf eine komplette Redaktion verübt wird, dann werten wir das als das, was es ist: Es ist ein Anschlag auf unsere europäischen Werte. Und dagegen wehren wir uns“, so Birkhahn.

Birkhahn plädierte vor allem für den Erhalt der Meinungs- und Pressefreiheit und bezeichnete sie als elementare Bestandteile der europäischen Identität. In diesem Zusammenhang zitierte die CDU-Landtagsabgeordnete den einflussreichen Autor der französischen und europäischen Aufklärung Voltaire, der einmal sagte: Ich verachte Ihre Meinung, aber ich gäbe mein Leben dafür, dass Sie sie sagen dürfen. „Diese Worte sind in Tagen des Terrors und des Kampfes gegen Meinungsvielfalt für uns zu einer Verpflichtung geworden“, sagte Birkhahn. Es sei die Aufgabe eines jeden für diese Werte einzutreten. „Wenn wir dies Anschläge von Paris als Anschlag auf unsere Freiheit missdeuten und die falschen Schlüsse ziehen, wenn wir unsere Freiheit selbst einschränken, weil andere unsere Freiheit hassen, dann haben die anderen in Wahrheit schon gewonnen. Die Antwort muss sein: Wenn andere unsere Freiheit hassen, dann schränken wir unsere Freiheit nicht ein, sondern – im Gegenteil – dann verteidigen wir unsere Freiheit umso entschlossener“, sagte Birkhahn.

Schlaglichter der Plenarwoche im Düsseldorfer Landtag

Vom 28. bis 30. Januar standen die ersten Plenartage im Jahr 2015 an. In einen ins Plenum eingebrachten Antrag, fordert die CDU-Landtagsfraktion eine verfassungskonforme Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung. Die



CDU-Landtagsfraktion fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesebene umgehend für eine gesetzliche Neuregelung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland einzusetzen. Die Erfahrungen der letzten Jahre haben gezeigt, dass die Speicherung von Daten über die Nutzung elektronischer Kommunikationsmittel ein notwendiges und wirksames Mittel zur Aufklärung schwerer Straftaten darstellt, heißt es im Antrag. Zudem stand der zukünftige Mangel an Lehrkräften in den Fächern Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Informatik auf der Agenda (siehe Seite 3). Die CDU-Landtagsfraktion forderte zudem in einem eigenen Antrag, eine flächendeckende hausärztliche Versorgung der nordrhein-westfälischen Bevölkerung zu gewährleisten. Alle Entscheidungen unter: www.landtag.nrw.de.

Anregende Diskussion mit Schülerinnen und Schülern der Josef-Annegarn-Verbundschule

Die Rechtskunde AG der Josef Annegarn Verbundschule aus Ostbevern war am 21. Januar unter Leitung der Lehrerin Michaela Lockenkötter zu Gast im Landtag Nordrhein-Westfalen. Bei ihrer Visite im Landtag NRW erkundete die Gruppe das Landtaggebäude am Rheinufer, dessen außergewöhnliche Architektur sofort ins Auge fiel.

Der Besuch startete mit einer Einführung in den parlamentarischen Betrieb des Landtags. Dabei lernten die Schülerinnen und Schüler die Arbeit des Parlaments aus der Nähe kennen. Danach ging es zu einer Diskussionsrunde mit Astrid Birkhahn.

Dabei zeigten sich die jungen Menschen gut informiert und wissenshungrig. „Ich finde es immer wieder spannend mit jungen Leuten über das aktuelle politische Geschehen zu sprechen“, sagte Birkhahn. Astrid Birkhahn schilderte in diesem Zusammenhang, dass es nie ihre Absicht gewesen sei Berufspolitikerin zu werden. Ihr Antrieb für das politische Engagement sei immer gewesen Verantwortung zu übernehmen und Probleme vor Ort zu lösen. Lobend erwähnten die Schülerinnen und Schülern die Arbeit von Wolfgang Annen, Bürgermeister in Ostbevern. Man könne schnell und unbürokratisch Anliegen an ihn richten. Birkhahn bestärkte die jungen Menschen die Angebote der politischen Partizipation weiter zu nutzen.

„Ob Bürgersprechstunde oder Engagement in einer Partei – das Wesen der Demokratie besteht darin, sich einzumischen und seine Sache offensiv vorzutragen. Wichtig ist zudem anderen Beteiligten Gehör zu schenken und Kompromisse im Sinne der Angelegenheit zu finden“, so Birkhahn.

Technikunterricht neu definieren

NRW hat derzeit rund 52 000 Lehrkräfte mit einer Lehrbefähigung in einem MINT-Fach (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft, Technik). Diese Zahl wird sich bis zum Schuljahr 2025/26 aller Voraussicht nach halbieren. Fast jeder zweite der MINT-Lehrer/innen in NRW ist heute bereits älter als 50 Jahre. Neueinstellungen sind im gleichen Umfang nicht zu erwarten. Die Studienabbrecher-Quote am Anfang des Bachelor- und Masterstudiums bzw. Lehramtsstudiums in MINT-Fächern liegt bei 56 Prozent. Dies sind nur einige Fakten aus einer aktuellen Studie des Bildungswissenschaftlers Klaus Klemm.

„Diese Ergebnisse müssen Anlass genug sein, um auch in NRW endlich zu handeln“, forderte die Schulexpertin Astrid Birkhahn in ihrer Rede im Landtag. „Gibt es zukünftig weniger Lehrpersonal in den besagten Fächern, werden immer weniger Jungen und Mädchen Interesse für Naturwissenschaften und Technik entwickeln. Dies führt wiederum dazu, dass noch weniger junge Menschen als jetzt einen Studiengang in diesem Bereich ergreifen. Das hat auch dramatische Folgen für die Wirtschaft. Die Abwärtsspirale müssen wir mit geeigneten Maßnahmen durchbrechen. Was NRW braucht ist ein klares Konzept zur Etablierung eines technischen Grundverständnisses an Schulen und zur Vermittlung von technischer Allgemeinbildung“, so Birkhahn.

Sie plädiert für ein neues Bewusstsein für die Bedeutung der MINT-Fächer. Dabei müssten bereits in der Grundschule die Grundsteine für ein Technikverständnis und für die technische Allgemeinbildung gelegt werden.



CDU-Abgeordnete Astrid Birkhahn (1.v.r.) begrüßte die Schülerinnen und Schüler der Josef-Annegarn-Verbundschule im Landtag NRW und sprach mit ihnen über Politik und die Welt. (Bild: Zierhut)

Enquetekommission erörtert Folgen des demographischen Wandels in NRW

Am 15. Januar 2015 waren die Erörterung des Themas „Nachhaltige Finanzplanung auf kommunaler Ebene“ mit Frau Gabriele C. Klug, Stadtkämmerin der Stadt Köln, und die Vorstellung des Gutachtens „Remanenzkosten von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge im demografischen Wandel“ durch das ILS Gegenstand der Sitzung der Enquetekommission „Bewertung der Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte in Nordrhein-Westfalen“.

„Der Vortrag der Kölner Stadtkämmerin Gabriele C. Klug hat im Wesentlichen deutlich gemacht, dass es zur Aufstellung einer nachhaltigen Infrastrukturstrategie einer ehrlichen Bewertung des Zustands kommunaler Einrichtungen bedarf“, sagt die Ausschussvorsitzende Astrid Birkhahn. Dies könne nur in Verbindung mit einer realistischen Abschätzung zukünftiger Nachfrageentwicklungen geschehen. In der anschließenden Diskussion mit den Mitgliedern der Enquetekommission wurden neben offenen Fragen auch mögliche Handlungsempfehlungen diskutiert.

Im weiteren Tagesordnungspunkt stellte Frau Dittrich-Wesbuer vom Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung ILS das von der Enquetekommission in Auftrag gegebene Gutachten mit dem Thema „Remanenzkosten von Infrastrukturen der Daseinsvorsorge im demografischen Wandel“ den Mitgliedern der Enquetekommission vor.

„Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass sich die Entwicklungen kleinräumig differenziert im Land vollziehen werden. Zukünftige Anpassungsstrategien müssen daher kontextverbunden und integriert geschehen. Nach Auffassung der Gutachter müsse man lokal ggf. auch für die Konsolidierung bestimmter Angebote entscheiden oder andere Angebotsstrukturen etablieren, wenn die Nachfrage nachlässt“, so Birkhahn.

Hintergrundinformation: Enquetekommissionen sind vom Landesparlament eingesetzte Gremien, in denen alle im Landtag vertretene Fraktionen sowie Sachverständige zusammenarbeiten. Ziel ist es, für einen klar formulierten Arbeitsauftrag eine gemeinsame Position zu erarbeiten und in einem ausführlichen Abschlussbericht Handlungsempfehlungen an das Landesparlament zu richten. Die Sitzungen finden in der Regel nichtöffentlich statt.

Millionenverluste bei NRW-Kommunen durch Kredite in Schweizer Franken

Diverse Städte haben in Nordrhein-Westfalen Kredite in Schweizerfranken aufgenommen, um Zinsen zu sparen. Doch dies ging schief. Sie haben sich verspekuliert und müssen womöglich Millionen abschreiben. Grund dafür ist die Freigabe des Wechselkurses von Franken und Euro durch die Schweizer Nationalbank. Das Institut hat den Mindestwechelkurs von 1,20 Franken für einen Euro und damit die geltende Koppelung des Franken an den Euro aufgehoben. Durch die Wertsteigerung des Franken droht für viele Kommunen ein erheblicher Verlust bei Rückzahlung der Kredite.

29 NRW Kommunen haben in der Vergangenheit unter anderem unter dem Druck der Finanznot Kredite (Kassenkredite oder Investitionskredite) in Fremdwährungen aufgenommen. Schulden in Schweizer Währung waren zu deutlich besseren Konditionen zu haben, so konnte die Zinsbelastung gesenkt werden. Der Gesamtwert beläuft sich auf ca. 1,9 Milliarden Euro. Davon bestehen geschätzt ca. 900 Mio. Euro aus Schweizer Franken. Trotz immer wieder geäußerter Wechselkurs-Risiken, die die Landesregierung hat bis heute jedoch keinen Grund zum Handeln gesehen.

„Natürlich sind die Kommunen dafür in erster Linie selbst verantwortlich, aber auch das Land trägt eine Mitschuld. Jetzt ist das Kind in den Brunnen gefallen - Verluste in geschätzt dreistelliger Millionenhöhe sind in den betreffenden Kommunen durch die von der Schweizer Zentralbank entschiedene Ablösung des Schweizer Franken vom Euro-Wechselkurs entstanden. Mit jedem Cent, den die Währung gegenüber dem Euro an Wert gewinnt, wird die Rückzahlung teurer.“, so Astrid Birkhahn.

Impressum

Blickpunkt Landtag
für den Wahlkreis Warendorf I
Astrid Birkhahn MdL (v.i.s.d.P.)

Landtagsbüro

Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf
Telefon: 0211 - 884 - 2744
Telefax: 0211 - 884 - 3346
E-Mail: astrid.birkhahn@landtag.nrw.de
www.astrid-birkhahn.de